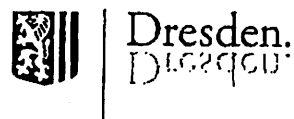


Landeshauptstadt Dresden  
Der Oberbürgermeister



## **N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 39. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA/039/2017)**

**am Donnerstag, 8. Juni 2017,**

**18:00 Uhr**

**im Neuen Rathaus, Festsaal,  
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 19:20 Uhr

Anwesend:

Fraktion DIE LINKE.

Anja Stephan

SPD-Fraktion

Dorothee Marth

FDP/FB-Fraktion

Barbara Lässig

stimmberechtigte Mitglieder

Anke Lietzmann

beratende Mitglieder

Markus Degenkolb

Detlef Lenk

Claus Lippmann

Roland Wirlitsch

Georg Zimmermann

CDU-Fraktion

Marcel Duparré

Daniela Walter

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Tina Siebeneicher

Fraktion Alternative für Deutschland

Maik Augustin

stimmberechtigte Mitglieder

Jan Güldemann

Melanie Hörenz

beratende Mitglieder

Sabine Bibas

Sascha König-Apel

Jan Pratzka

Gunther Reinsch

Christoph Stolte

Hartmut Vorjohann

Stellvertretende Mitglieder

Cornelia Eichner

Vertretung für Herrn Tilo Kießling

Christian Georgi  
Claudia Joseit

Vertretung für Frau Angelika Fischer  
Vertretung für Frau Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah

Johannes Richter  
Birke Tröger  
Daniel Wendt

Vertretung für Frau Juliana Schneider  
Vertretung für Frau Anett Dahl  
Vertretung für Herrn Carsten Schöne

**Abwesend:**

**Vorsitzender**

Dirk Hilbert

**Fraktion DIE LINKE.**

Tilo Kießling

**stimmberechtigte Mitglieder**

Anett Dahl  
Carsten Schöne

**beratende Mitglieder**

Angelika Fischer  
Thomas Wünsche

**stimmberechtigte Mitglieder**

Juliana Schneider

**beratende Mitglieder**

Ekaterina Kulakova  
Sven Liebert  
Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah

**Verwaltung:**

Frau Lemm  
Frau Claus  
Frau Dreißig  
Herr Tostmann

GB 2  
Jugendamt  
Jugendamt  
Bürgermeisteramt

**Gäste:**

Frau Hartwig  
Frau Wartenberg  
Herr Waterswand  
Frau Herrmann

Out of the box  
Diakonisches Werk – Stadtmission Dresden e. V.  
Bürger  
Bürgerin

**Schriftführerin:**

Frau Weber

SG Stadtratsangelegenheiten

## T A G E S O R D N U N G

### Öffentlich

- |   |   |  |
|---|---|--|
| 1 | Kontrolle der Niederschrift vom 27.04.2017  |  |
| 2 | Informationen/Fragestunde   |  |
| 3 | Konzept zur Betreuung einer Beratungsstelle für Eltern, deren Kinder Angebote der Kindertagesbetreuung wahrnehmen   | V1618/17<br>beschließend               |
| 4 | Vergabe Zuschüsse für bewegliche Sachen des Anlagevermögens und für bauliche Maßnahmen im Jahr 2017 an Träger der freien Jugendhilfe von Kindertageseinrichtungen (1. Förderrunde 2017) | V1628/17<br>beschließend               |
| 5 | Fortschreibung Fachplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2017/2018  | V1568/17<br>beratend<br>(federführend) |
| 6 | Konzept zur Verbesserung der Personalausstattung in Kindertagesstätten für Krankheitsfälle und konkrete Bedarfslagen  | V1619/17<br>beratend<br>(federführend) |
| 7 | Kinder- und Jugendbüro  | A0334/17<br>beschließend               |
| 8 | Berichte aus den Unterausschüssen   |  |

### Nicht öffentlich

- |   |               |  |
|---|---------------|--|
| 9 | Informationen |  |
|---|---------------|--|

### öffentlich

#### Einleitung:

Herr Güldemann begrüßt stellvertretend für den abwesenden Vorsitzenden die Mitglieder und Gäste zur heutigen 39. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Die Ladung ist sowohl form- als auch fristgerecht ergangen, die Beschlussfähigkeit ist erreicht.

Der Tagesordnungspunkt 3 müsse vertagt werden, da noch Beratungsbedarf im Unterausschuss Kita bestehe.

Zur Tagesordnung gibt es keine weiteren Anmerkungen, sodass diese mehrheitlich bestätigt wird.

## **1 Kontrolle der Niederschrift vom 27.04.2017**

Zur Niederschrift gibt es keine Wortmeldungen. Sie wird einstimmig betätigt.

## **2 Informationen/Fragestunde**

Herr Lippmann berichtet zu der Info Nr. 7/2017 und Info Nr. 8/2017. In Bezug auf die Unterbringung unbegleiteter ausländischer Minderjährige (folgend: uaM) führt er u. a. aus, knapp 800 Plätze in 37 Einrichtungen werden in Dresden zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen vorgehalten. Am 25. April 2017 (Stichtag) seien 818 Plätze in Einrichtungen vorgehalten worden, 739 Plätze seien davon belegt gewesen. Dies ergebe eine Auslastung von 90,34 Prozent, davon seien 31,7 Prozent von uaM belegt. Die Zahlen könnten sich aber von Stichtag zu Stichtag ändern.

Er schildert kurz die aktuelle Entwicklung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (folgend: KJSG). Im Unterausschuss HzE am 22. Mai 2017 sei eine Erörterung zum Sachstand der beteiligten Kinder erfolgt. Es sei festgelegt worden, dass nach Anpassung der Polizeiverordnung der Unterausschuss HzE sich noch einmal mit dem Thema beschäftige. Der Kriminalpräventive Rat werde sich am 19. September 2017 zu dem Thema verständigen. Das Jugendamt hätte den Auftrag, sich um das Wohl der Kinder und Jugendlichen zu kümmern. Wenn eine Kindeswohlgefährdung erkennbar sei, handle das Jugendamt sofort. Die Sachlage werde weiter vom Jugendamt beobachtet und in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 3. August 2017 soll erneut informiert werden.

Frau Stephan weist darauf hin, dass der Unterausschuss HzE sich u. a. darüber ausgetauscht hätte was getan werden könne, dass solche Situationen vermieden werden können. Das Jugendamt gehe sehr sensibel mit dem Thema um. Der Jugendhilfeausschuss soll in die Diskussion der Veränderung der Polizeiverordnung mit einbezogen werden. Es gebe keine Hinweise auf organisierte Kriminalität.

Herr Lippmann informiert, für den ASD Gorbitz hätte noch kein neuer Standort eruiert werden können. Er werde darüber berichten, sobald ein Standort gefunden sei und wann die Eröffnung erfolge. Der ASD Gorbitz sei derzeit im Standort des ASD Cotta mit untergebracht. Die Erstellung einer Konzeption „präventive Maßnahmen“ gemäß VO244/14 sei mit dem Beschluss A0253/16 beschlossen worden. Die Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit Dresden (folgend: EHS Dresden) erarbeite die Konzeption, der Zieltermin, 30. Juni 2017, könne aber nicht eingehalten werden. Es sollen jetzt drei Stadträume Pieschen, Plauen und Leuben in die Konzeption mit einfließen, dies erfordere mehr Zeit, daher sei eine Verlängerung des Arbeitszeitraums bis 31. August 2017 beantragt worden. Es entstünden aber dadurch keine Mehrkosten, das

Jugendamt hätte die Absicht, die Verlängerung zu gewähren. Falls es keine Gegenstimmen gäbe, würde eine Verlängerung bis 31. August 2017 erfolgen.

**Frau Stephan fragt**, wie die Konzeption (bzw. Ergebnisse) dem Jugendhilfeausschuss zur Verfügung gestellt werden könne. Die Ergebnisse sollten den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses möglichst schnell zur Verfügung gestellt werden. Daher wäre es wünschenswert, wenn diese an die nächste Beschlusskontrolle des Antrags angefügt werden würden.

Den Vorschlag nimmt **Herr Lippmann** entgegen und wird diesen entsprechend umsetzen.

**Frau Lietzmann** möchte wissen, ob es Neuigkeiten zu dem Außengelände der Adlergasse 2 gebe.

Die Antwort werde **Herr Lippmann** nachreichen.

**Frau Marth** fragt, ob die angekündigten Gespräche zum Projekt „2. Chance“ stattgefunden hätten.

**Herr Lippmann** antwortet, es hätten Gespräche mit den Trägern stattgefunden. Der Vertragsentwurf liege allerdings den Trägern noch nicht vor. Er denke aber, dass das Projekt entweder bis 31. Dezember 2017 oder bis 9. Februar 2018 abgesichert wird.

**Frau Marth** weist darauf hin, dass das Vertragsende der 30. Juni 2017 sei.

Des Weiteren möchte sie wissen, wie es mit dem Modellprojekt „Familienklassenzimmer“ an der 139. Grundschule aussehe. Das Familienklassenzimmer sei ein wirksames pädagogisches Instrument. Die Schulleitung sei davon ausgegangen, dass das Projekt im neuen Schuljahr weitergeführt werde. Sie wünsche sich, dass der Unterausschuss HzE sich mit der Thematik beschäftige.

**Herr Lippmann** erläutert, dass Ende des Modellprojektes sei von Anfang an klar gewesen. Die Ergebnisse der Evaluierung lägen noch nicht vor. Die pädagogische Wirksamkeit müsse beleuchtet werden. Er greife aber gerne auf, dass die Thematik im Unterausschuss HzE diskutiert werden soll. Der ASD hätte angemerkt, dass hier eine Einsteuerung in Form von Hilfe erfolge, die weit weg von den eigentlichen Aufgaben des ASD liege. Das Jugendamt hätte auch Erkundigungen eingezogen, wie andere Städte bei der Finanzierung vorgefahren, dies sei aber sehr unterschiedlich. Bei der Finanzierung müsse man sich an die geltenden Gesetze halten. Es müsse auch ein Abgleich mit der vorhandenen Schulsozialarbeit erfolgen. Das Jugendamt werde das Projekt sehr sorgfältig prüfen und auch weiterentwickeln, um mögliche Schwächen zu beheben. Es gebe eine Reihe von positiven Effekten, die durch die Weiterführung des Projektes erzielt werden könnten. Die schulische Bildung sei aber eine Pflichtaufgabe, der in den Bereich Schule falle. Daher seien auch Gespräche mit der Sächsischen Bildungsagentur (folgend: SBA) geplant.

**Herr Reinsch** führt aus, da Bildung in der Verantwortung der SBA liege, seien schon zusätzliche Lehrerstunden in das Projekt inkludiert worden. In der Mehrzahl sei eine positive Entwicklung bei den Kindern zu verzeichnen, die an dem Projekt teilnehmen. Das Projekt findet einmal wöchentlich statt und fördere auch die Kommunikation zwischen Eltern und Kindern. Das Projekt sei eine gute Sache und eine Weiterführung des Projektes sei wünschenswert.

Den Worten von Herrn Reinsch möchte sich Frau Lässig anschließen. Das Projekt jetzt abrupt zu unterbrechen halte sie für ungut.

Herr Güldemann weist darauf hin, das Projekt sei zeitlich begrenzt ins Leben gerufen worden. Der Projektträger müsse sich natürlich auf das Ende einstellen. Der Jugendhilfeausschuss müsse ggf. überlegen, wie solche zeitlich geführten Projekte geführt werden.

Frau Stephan schlägt vor, dass das Jugendamt das Thema aufbereiten soll, sodass der Unterausschuss HzE sich in der kommenden Sitzung damit beschäftigen könne.

Frau Lietzmann erläutert, im Jugendhilfeausschuss sei beschlossen worden, an welchen Schulen Schulsozialarbeit implementiert werden soll. Sie möchte wissen, inwieweit die Schulen über das nun folgende Prozedere informiert worden seien.

Herr Lippmann antwortet, letzte Woche sei ein entsprechendes Schreiben an die Schulleitungen versendet worden.

Herr Güldemann informiert, der Ausschuss für Petition und Bürgeranliegen möchte gerne in der kommenden Sitzung die Petition P0085/17 „Erhalt des jugendhilflichen Angebotes Waldspielplatz Albertpark“ behandeln und bittet um Teilnahme eines Vertreters des Jugendhilfeausschusses. Er schlägt Herrn Stadtrat Kießling als Vorsitzenden des Unterausschusses Planung und Mitglied des Jugendhilfeausschusses vor.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses stimmen dem Vorschlag von Herrn Güldemann zu.

Herr Pratzka lädt zum Fachtag „Zuwanderung“ am 14. Juni 2017, ganztägig ab 9:00 Uhr, im Jobcenter ein.

Herr Güldemann bringt den Antrag A0344/17 ein und begründet diesen. Der Antrag soll am 3. August 2017 im Jugendhilfeausschuss beschlossen werden.

Weiteren Gesprächsbedarf gibt es nicht.

<b>3</b>	<b>Konzept zur Betreibung einer Beratungsstelle für Eltern, deren Kinder Angebote der Kindertagesbetreuung wahrnehmen</b>	<b>V1618/17 beschließend</b>
----------	---	----------------------------------

Vertagung

<b>4</b>	<b>Vergabe Zuschüsse für bewegliche Sachen des Anlagevermögens und für bauliche Maßnahmen im Jahr 2017 an Träger der freien Jugendhilfe von Kindertageseinrichtungen (1. Förderrunde 2017)</b>	<b>V1628/17 beschließend</b>
----------	--	----------------------------------

Frau Bibas erläutert, die Beschlussempfehlung des Unterausschusses Kita sei eindeutig, dass Verfahren sei hinlänglich bekannt.

Folgende Befangenheiten werden vor Eintritt in die Abstimmung angezeigt:

Herr Güldemann „Kindervereinigung Dresden e. V.“

Herr Wendt „AWO Kinder- und Jugendhilfe gGmbH“

Die jeweiligen befangenen Mitglieder nehmen beim betreffenden Punkt nicht an der Abstimmung teil und rücken in den Zuschauerbereich. Im Falle der Befangenheit des Vorsitzenden übernimmt Frau Lässig die Sitzungsleitung.

Herr Güldemann tritt in die Abstimmung ein. Der Ausschuss ist beschließend tätig.

#### Anlage

Lfd. Nr. 54

13 Ja 0 Nein 0 Enthaltung Zustimmung  
Herr Güldemann befangen

Lfd. Nr. 6 bis 9

13 Ja 0 Nein 0 Enthaltung Zustimmung  
Herr Wendt befangen

Restliche lfd. Nr.

14 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen Zustimmung

Zum Schluss wird über die Beschlussempfehlung des Unterausschusses Kita abgestimmt.

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Vergabe von Zuschüssen für bewegliche Sachen des Anlagevermögens und für bauliche Maßnahmen für das Jahr 2017 (1. Förderrunde) in Höhe von 433.870,94 Euro gemäß der Anlage.
2. Beantragte Mittel in Höhe von 305.669,63 Euro werden abgelehnt.

#### Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

5 Fortschreibung Fachplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2017/2018

V1568/17  
beratend  
(federführend)

Frau Bibas weist auf die positiven Voten der Ortsbeiräte und Ortschaftsräte hin.

Frau Lässig bringt eine Ergänzung (Punkt 4, Beschlussempfehlung Ortsbeirat Plauen) zum Beschlussvorschlag ein.

Frau Bibas erläutert, das Haus auf der Oskar-Seyffert-Straße stehe nicht mehr zur Verfügung.



Weiterer Gesprächsbedarf besteht nicht. Herr Güldemann bittet zuerst um Abstimmung des Ergänzungsantrages von Frau Lässig und dann zur Vorlage in Form der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Kita.

Ergänzungsantrag Frau Lässig

2 Ja 3 Nein 9 Enthaltungen

Abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 13 Nein 1 Enthaltung 0

6 Konzept zur Verbesserung der Personalausstattung in Kindertagesstätten für Krankheitsfälle und konkrete Bedarfslagen

V1619/17  
beratend  
(federführend)

Frau Marth bringt die Beschlussempfehlung des federführenden Unterausschusses Kita ein.

Hinweise gibt es keine. Die Vorlage in Form der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Kita wird durch Herrn Güldemann zur Abstimmung gebracht. Der Ausschuss ist beratend tätig.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt das Konzept zur Verbesserung der Personalausstattung in Kindertagesstätten für Krankheitsfälle und konkrete Bedarfslagen laut Anlage.
2. Abweichend vom Haushaltsbeschluss Anlage 2 – Begleitbeschlüsse zur Vorlage V1334/16, Position „Verbesserung Personalausstattung Kitas“ sind die zur Verfügung gestellten Mittel von 1 Mio. Euro in 2017 und 1,5 Mio. Euro in 2018 zur Besetzung von Stellen im Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen Dresden und zur Umsetzung des „Konzeptes zur Verbesserung der Personalausstattung in Kindertagesstätten für Krankheitsfälle und konkrete Bedarfslagen“ für Sachkosten (Zuschüsse an freie Träger) nach den errechneten Pauschalen zu verwenden. Entsprechend der anteilig errechneten Pauschale für die städtischen Einrichtungen ist die Besetzung der zusätzlichen Stellen im Stellenplan des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen Dresden zu reduzieren.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die zur Umsetzung des Konzeptes erforderlichen Aufwendungen im Rahmen der Aufstellung künftiger Haushaltspläne zu berücksichtigen.
4. Dem Ausschuss für Bildung (Eigenbetrieb Kindertagesstätten) und dem Jugendhilfeausschuss ist im Zuge der Haushaltsberatung ein Erfahrungsbericht vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung mit Ergänzung  
Ja 12 Nein 0 Enthaltung 2

**7 Kinder- und Jugendbüro****A0334/17  
beschließend**

**Frau Hörenz** zeigt ihre Befangenheit bei dem Tagesordnungspunkt an, sie nimmt nicht an der Diskussion und Abstimmung teil und rückt in den Zuschauerraum.

**Frau Stephan** bringt die Beschlussempfehlung des Unterausschusses Förderung ein.

**Herr Lippmann** merkt an, die Kooperationsvereinbarung zwischen den beiden Trägern stehe noch aus.

**Frau Stadträtin Siebeneicher** lobt das eingereichte Konzept der beiden Träger. Die Ziele seien klar benannt, sodass diese auch prüfbar seien. Sie erinnert daran, dass noch die Ausschreibung des/der Kinder- und Jugendbeauftragten erfolgen müsse. Es sei vorgesehen, dass die /der Kinder- und Jugendbeauftragte und das Kinder- und Jugendbüro zusammen arbeiten sollen.

Auch **Herr Güldemann** lobt das Konzept. Das Kinder- und Jugendbüro benötige für eine erfolgreiche Arbeit die Unterstützung des Jugendhilfeausschusses.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. **Herr Güldemann** bittet um Abstimmung. Der Antrag wird in Form der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Planung zur Abstimmung gebracht. Der Ausschuss ist beschließend tätig.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt

1. die Einrichtung eines Kinder- und Jugendbüros in Kooperation der Träger Stadtjugendring Dresden e. V. und Büro für freie Kultur- und Jugendarbeit e. V. zum 1. Juli 2017.
2. die Förderung in Höhe von insgesamt je 100.000 Euro für die Jahre 2017 und 2018.
  - a. Der Stadtjugendring Dresden e. V. erhält für den Zeitraum 1. Juli bis 31. Dezember 2017 Fördermittel für 32 Wochenstunden zzgl. Sachausgaben in Höhe von insgesamt 52.730,36 Euro, für das Jahr 2018 für 32 Wochenstunden zzgl. Sachausgaben insgesamt 44.261,40 Euro.
  - b. Das Büro für freie Kultur- und Jugendarbeit e. V. erhält für den Zeitraum 1. Juli bis 31. Dezember 2017 Fördermittel für 36 Wochenstunden zzgl. Sachausgaben in Höhe von insgesamt 47.269,64 Euro, für das Jahr 2018 für 28 Wochenstunden zzgl. Sachausgaben insgesamt 55.738,60 Euro.
3. eine Zwischenberichterstattung zum Projektverlauf bis zum 30. Juni 2018.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung mit Ergänzung  
Ja 11 Nein 0 Enthaltung 2

**8 Berichte aus den Unterausschüssen**

Der Unterausschuss Förderung hätte zwei Anträge A0342/17 und A0343/17 diskutiert, meint Frau Stephan. Die Anträge sollen im Jugendhilfeausschuss am 3. August 2017 behandelt werden.

Der Unterausschuss HzE hätte sich u. a. mit der Qualitätsentwicklung in den Einrichtungen und Angeboten der Hilfen zur Erziehung beschäftigt. Es sei ein Gesprächsleitfaden für die Qualitätsentwicklungsgespräche vorgelegt worden. Es sei vereinbart worden, wenn die Qualitätsentwicklungsgespräche abgeschlossen und ausgewertet seien, dass im Januar 2018 das weitere Verfahren besprochen werde.

Der Unterausschuss Kita hätte sich mit den Vorlagen der heutigen Tagesordnung auseinandergesetzt, erläutert Frau Marth.

Der Unterausschuss Planung habe sich mit dem Angebot der Treberhilfe „Jumbo“ beschäftigt, informiert Frau Lietzmann. Das Angebot „Streetwork“ im Stadtraum 3 soll künftig ausschließlich von der Diakonie betrieben werden. Die Anlaufstelle von der Treberhilfe auf der Albertstraße soll aber bestehen bleiben. Das Jugendamt hätte eingeschätzt, dass keine weiteren VK notwendig seien, allerdings sollen noch weitere Gespräche erfolgen. Der Unterausschuss Planung will das Thema noch einmal erörtern.

Die stadtweiten Handlungsfelder seien diskutiert worden. Die Ergebnisse der Planungskonferenzen seien fertig bewertet. Gemeinsam mit der Verwaltung solle ein Bericht entstehen, vermutlich werde dieser in Form eines Beschlusses dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt.

Frau Stephan möchte wissen, ob zu dem Angebot „Jumbo“ festgelegt worden sei, wer was bearbeitet.

Frau Lietzmann antwortet, es seien schon Gespräche geplant.

Herr Güldemann teilt mit, dass Herr Stolte seine Tätigkeit im Jugendhilfeausschuss beendet.


Herr Lippmann verabschiedet Herrn Stolte und bedankt sich für die geleistete Arbeit.

Herr Stolte nutzt die Gelegenheit und bedankt sich bei der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

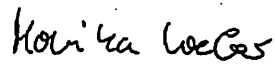
Da es auch im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keinen Informationsbedarf gibt, bedankt sich Herr Güldemann für die Aufmerksamkeit und beendet die Sitzung.



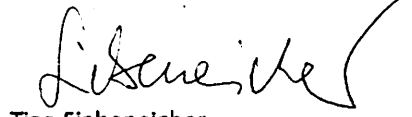
Jan Güldemann  
Vorsitzender



Anke Lietzmann  
Mitglied



Monika Weber  
Schriftführerin



Tina Siebeneicher  
Stadträtin